



EDITORIAL

EINMISCHEN ERWÜNSCHT

Liebe Leserinnen und Leser,

„Einmischung ist die einzige Möglichkeit realistisch zu bleiben“ hat Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll einmal gesagt und er vertrat mit diesem Zitat die Auffassung, dass die „unbequeme Diskussion“ wichtiger Bestandteil der demokratischen Auseinandersetzung sei. Auch deshalb ist es gut, dass sich immer mehr Menschen engagieren und sich einmischen, etwa wenn es um die Perspektive des Theaters geht, um den Glyphosateinsatz auf Äckern und Feldern oder überdimensionierte Hotelbauten an der Küste. Mischen Sie sich auch im Kreistag und der Bürgerschaft weiter ein! Die Themen der „hinterGRÜNde“ bieten genügend Anlass dazu! ◀◀

Mit freundlichen Grüßen



▲
Jürgen Suhr
Fraktionsvorsitzender der
Stralsunder Bürgerschafts-
fraktion

KREBSRISIKO GLYPHOSAT EINSATZ AUCH AUF ÖFFENTLICHEN FLÄCHEN

Vor ein paar Jahren veröffentlicht die Universität Göttingen eine Studie mit dem Titel „Erhebung zum Einsatz von Glyphosat im Deutschen Ackerbau“. Die wissenschaftliche Arbeit erfasste eine Agrarfläche von 250.000 Hektar und repräsentierte fast 900 Betriebe aus ganz Deutschland. Die Verfasser kamen zum Ergebnis, dass Jahr für Jahr 5000 Tonnen Glyphosat auf deutsche Äcker gespritzt werden. Das sind bis zu 40% der insgesamt eingesetzten Herbizide in der Landwirtschaft.

Inzwischen wird dieses sog. „Pflanzenschutzmittel“ vielerorts nachgewiesen. Es ist ebenso in Brunnen zu finden wie auch in Kleinstgewässern. Es gerät beim Spritzen auf dem Feld in Gärten und auf den Rasen. Es wird im Bier nachgewiesen und lässt sich in Urinproben finden.

▶▶ Fortsetzung auf Seite 3

Glyphosat, das meist eingesetzte Ackergift



DAS STRALSUNDER THEATER VERPFLICHTUNG UND KULTURGENUSS

Seit mehr als 450 Jahren ist in Stralsund „Theater“ belegt. Zunächst von fahrenden Schauspielgruppen, später, ab 1765 dann in festen Gebäuden, seit 1916 ist das Theaterhaus am Olof-Palme-Platz die Hauptspielstätte eines festen Ensembles. Eine ziemlich lange Zeit ist das und auch daraus erwächst uns heute eine Verpflichtung, dieses immaterielle kulturelle Erbe zu bewahren.

Es ist ein Erbe für das Generationen von Menschen in den Jahren gesorgt haben, das Höhen und Tiefen hatte, aber das immer für sein Publikum da war.

„Eine Stadt wie Stralsund ohne ihr Theater zu denken ist für mich nicht vorstellbar.“ Der Stralsunder Heiko Werner, für die GRÜNE Bürgerschaftsfraktion im Aufsichtsrat des Theaters Vorpommern erinnert sich: „Schon als Schüler hatte ich intensive Begegnungen im Theater, dreizehnmal die Aufführung von Jewgeni Schwarz „Der Drache“ gesehen, „Einer flog übers Kuckucksnest“ von Dale Wassermann, „Carmen“ von George Bizet. Es war diese Vielfalt und Intensität die faszinierte und die bis heute andauert“.

▶▶ Fortsetzung auf Seite 2

GUTE IDEEN GESUCHT!

DER GRÜNE ÖKOZOSIALFONDS

Als vor drei Jahren in der Stralsunder Bürgerschaft eine Erhöhung der Sitzungsgelder von 27,- Euro auf 50,- Euro beschlossen wurde, stimmten wir GRÜNE dagegen. Aber die große Mehrheit der Bürgerschaftsmitglieder setzte den Beschluss durch. Auch wir erhalten jetzt die erhöhten Sitzungsgelder von 23,- Euro pro Person und Sitzung, obwohl wir diesen Beschluss nicht mitgetragen haben. Da wir nicht von der Erhöhung profitieren wollen, stellen wir den Erhöhungsbetrag gemeinnützigen Initiativen zur Verfügung. So entstand der Stralsunder Öko- und Sozialfonds. Vorschläge für eine gute Projektidee, die wir mit einer Spende aus dem Fonds unterstützen können, nehmen wir gerne entgegen. Die Kontaktdaten finden Sie untenstehend. Also her mit den guten Ideen! ◀◀



▲
GRÜNER Öko- und Sozialfonds fördert
gemeinnützige Initiativen

So finden Sie uns:

**Bündnis 90/Die GRÜNEN
im Kreistag Vorpommern-Rügen**

Alter Markt 7

18439 Stralsund

Tel.: 0049 3831 4847981

Mail: gruene.fraktion@gmx.de

www.gruene-vorpommern-ruegen.de

**Bündnis 90/Die GRÜNEN
Bürgerschaftsfraktion**

Rathaus, Alter Markt 1

18439 Stralsund

Tel.: 0049 3831 252236

Mail: gruene.fraktion@stralsund.de

www.gruene-fraktion-stralsund.de

KEIN REDERECHT DEMOKRATIE GEHT ANDERS

Anfang März hatte die Fraktion „Bürger für Stralsund“ zu Informationszwecken eine Sondersitzung der Bürgerschaft zum Theater beantragt. Viele BürgerInnen besuchten die öffentliche Bürgerschaftssitzung, nachdem sie sich vorher an einer Demonstration zum Erhalt des Theaters beteiligt hatten. Die GRÜNE Fraktion war der Bitte des Theater-Betriebsrates, des Fördervereins, des Theaterintendanten und der Gewerkschaft ver.di gefolgt und hatte für die Vertreter dieser Organisationen das Rederecht beantragt.

Offensichtlich war das zu viel Demokratie für die konservativen Fraktionen, denn CDU/FDP und die doch so auf Informationen drängenden Bürger für Stralsund ließen nur den Redebeitrag von Theaterintendant Löschner zu. Betriebsrat, Gewerkschaft und Förderverein blieben vor der Tür. Die Ablehnung der Konservativen zum Rederecht zeugen von einer Ignoranz gegenüber vielen in der Bürgerschaftssitzung anwesenden Betroffenen, die mit dem Selbstverständnis von Bürgernähe und demokratischer Teilhabe nicht in Einklang zu bringen ist. ◀◀



▲
Demonstration vor der Sondersitzung der Bürgerschaft

►► FORTSETZUNG DAS STRALSUNDER THEATER



◀
Heiko Werner
Aufsichtsratsmitglied der
Theater Vorpommern
gGmbH

Heute haben wir gemeinsam mit Greifswald und Putbus ein 4-Spartentheater, das seit seiner Fusion 1994 mit konstanten finanziellen Mitteln auskommen muss. Bei steigenden Preisen und Personalkosten führt dies zwangsläufig zu Personalabbau (105 Stellen sind im Theater seit 1994 abgebaut worden) oder Gehaltsverzicht der künstlerischen und nichtkünstlerischen Mitarbeiter/innen. Und so steht das Theater heute mit einem Tarifniveau von ca.15% unterhalb des Flächentarifs da und lebt praktisch von der Hand in den Mund. Es grenzt an ein Wunder, dass immer noch künstlerisch hochwertige Vorstellungen möglich sind und das Publikum seinem Theater gewogen bleibt. Es braucht keine teuren Gutachten um festzustellen, dass mit den seit fast 25 Jahren eingefrorenen Mitteln das Theater irgendwann „vor die Wand“ fährt. Der Versuch der Landesregierung durch eine Fusion gewachsene Strukturen hier in Vorpommern zu zerstören und mit einem



▲
Das Stralsunder Theater braucht endlich eine verlässliche Perspektive

Landesregierung und die kommunalen Gesellschafter sind jetzt aufgefordert, langfristig eine verbindliche Perspektive für das Theater Vorpommern zu schaffen. Unsere Position ist dabei klar! Wir kämpfen weiter für den kulturellen Leuchtturm in unserer Region. ◀◀

- **Seit 1994**
stagnieren die Landeszuschüsse für die Theater in Mecklenburg-Vorpommern.
- **105 Stellen**
sind inzwischen im Theater Vorpommern abgebaut worden.
- **15% weniger**
erhalten die Mitarbeiter des Theaters Vorpommern, wenn man den Flächentarif zum Vergleich heranzieht.
- **Mehrere 1000 Menschen**
*unterstützen inzwischen eine Onlinepetition zur Perspektive des Theaters:
(www.openpetition.de/petition/online/theater-vorpommern-erhalten).*

EINSATZ AUCH AUF ÖFFENTLICHEN FLÄCHEN



◀
Dirk Niehaus
GRÜNE – Mitglied im
Umweltausschuss des
Kreises

Die GRÜNE Bürgerschaftsfraktion wollte daher erreichen, dass die Hansestadt Stralsund bei der Bewirtschaftung land- und forstwirtschaftlicher Flächen sowie in Gartenanlagen und Parks auf Glyphosat verzichtet. Fast 7000 Hektar landwirtschaftlicher Flächen sind im Eigentum der Hansestadt Stralsund. Es wäre also ein wichtiger Schritt gewesen, die Pächter im Falle der Neu- und Weiterverpachtung dazu zu verpflichten, auf

den Einsatz von Glyphosat zu verzichten. Doch der Antrag scheiterte deutlich. Sowohl CDU wie auch SPD, Linke und die Bürger für Stralsund lehnten ein Glyphosatverbot auf städtischen Flächen unisono ab.

Da half auch nicht die Argumentation, dass es auch aus ökologischen Gründen geboten ist, Glyphosat zu verbieten und den dramatischen Rückgang der Artenvielfalt zu stoppen. Denn dem Verlust an totgespritzten Wildkräutern folgt eine reduzierte Artenvielfalt entlang der Nahrungskette - bis hin zu Säugetieren und Vögeln. 30 Prozent aller Vögel der Agrarlandschaft stehen bereits auf der Roten Liste der bestandsbedrohten Tierarten.

Aber vielleicht ist die GRÜNE Fraktion im Kreistag Vorpommern-Rügen erfolgrei-

cher. Über eine Anfrage will sie zunächst in Erfahrung bringen, ob Glyphosat zur „Unkrautbekämpfung“ auf kreiseigenen Flächen eingesetzt wird. Denn Straßenränder, Sportplätze und Rasenflächen werden vom Landkreis Vorpommern – Rügen unterhalten. Sollte sich herausstellen, dass Glyphosat dort eingesetzt wird, dann wird die GRÜNE Kreistagsfraktion beantragen, darauf zukünftig zu verzichten. Wir werden sehen, ob eine Mehrheit im Kreistag dem Vorbild von rund 160 Städten und Gemeinden folgen wird, ihre Grünflächen ohne Pestizide oder mindestens ohne Glyphosat zu bewirtschaften. Die mecklenburg-vorpommerschen Städte Neustrelitz, Rostock und Schwerin sind diesem Beispiel bereits gefolgt. ◀◀

KINDERTAGESPFLEGE

KINDERBETREUUNG ZU DUMPINGPREISEN?



◀
Esther Neumann
Vorsitzende des Vereins
Kinderpflege Stralsund
Stadt und Land e.V.

Interview mit Esther Neumann

Die Tagesmütter im Landkreis Vorpommern-Rügen leisten eine hervorragende und wichtige Arbeit. Tag für Tag übernehmen sie wichtige Betreuungsaufgaben für Kinder und deren Eltern. Ohne sie ging es nicht und dennoch erhalten sie eine Entlohnung, die vielfach unter dem Mindestlohn liegt. Der Protest ist inzwischen deutlich zu vernehmen und wird immer lauter. Inzwischen vertreten die Tagesmütter ihre Interessen in einem Kindertagespflegeverein. Vorsitzende Esther Neumann beantwortet drei zentrale Fragen:

1. Warum gehen die Tagesmütter derzeit "auf die Barrikaden"?

Wir mussten feststellen, dass es niemand sonst für uns tut. Sollen sich Dinge ändern, sind wir als Tagesmütter (politisch korrekt: Kindertagespflegepersonen, es üben auch Männer diesen Beruf aus) gefragt. Bei voller Auslastung einer Tagesmutter mit 5 Vollzeitkindern und oft mehr als einer 50-Stunden-Woche liegt die Vergütung gerade auf dem Niveau des Mindestlohns. Wird eines dieser Kinder ein Teilzeit-Kind (z.B. weil ein Elternteil arbeitslos wird, die Mama wird schwanger), fällt die Vergütung dieses Platzes um 40%. Schon stimmt das ganze Zahlengerüst nicht mehr und bringt die Tagesmutter in einen finanziellen Engpass und unter Mindestlohn-Niveau. Wir gehen für eine angemessene Vergütung „auf die Barrikaden“, dass keine Tagesmutter in einem Vollzeitjob für zu geringes Entgelt arbeitet.



Im Dezember 2010

gründete sich der Verein „Kindertagespflege Stralsund Stadt und Land e.V.“ als Interessengemeinschaft von Tagespflegepersonen.

36 Mitglieder

sind im Verein engagiert.

2,50 Euro

beträgt der monatliche Mitgliedsbeitrag.

Unter www.kindertagespflege-hst-vr.de

gibt es Informationen zum Verein und zu freien Betreuungsplätzen.

2. Welche Bedeutung hat das Tagespflegeangebot im Landkreis Vorpommern-Rügen?

Zum einen bieten wir ein gleichwertiges Angebot wie Kindertagesstätten. Ohne uns hätte der Landkreis arge Probleme allen Anfragen zur qualifizierten Kinderbetreuung nachzukommen. Etwa 140 Kindertagespflegepersonen gibt es im Landkreis. Zum anderen bieten wir ein riesiges „Sparpotential“. Ein Platz in der Kindertagespflege kostet nur 56% eines durchschnittlichen Krippenplatzes im Landkreis.

3. Was muss sich ändern und was erwarten Sie von der Kommunalpolitik?

Die Kindertagespflege sollte zum Selbstverständnis in der Politik gehören. Von der Kommunalpolitik erwarten wir ein deutliches Signal, dass Kindertagespflege ein gleichwertiges Betreuungsangebot neben den Kindertagesstätten ist. Wir sind qualifiziert, kompetent und engagiert. Das soll sich auch in der Bezahlung niederschlagen. ◀◀

SINNVOLLE BÜRGERBETEILIGUNG

Fahrplankonferenzen waren ein wichtiges Element demokratischer Mitbestimmung. Bürgerinnen und Bürger hatten die Möglichkeit, Kritik und Anregungen zum Bus- und Bahnangebot vorzutragen und viele



▲ Viele Vorschläge für einen besseren Nahverkehr

machten davon Gebrauch.

Unverständlich ist daher aus unserer Sicht, dass die Fahrplankonferenzen abgeschafft wurden. Dass daran ein großes Interesse besteht, wurde nicht nur in der Veranstaltung der GRÜNEN Fraktionen deutlich. Auch deshalb beabsichtigen wir einen Antrag im Kreistag einzubringen, der darauf zielt, das grunddemokratische Mitbestimmungsinstrument der Fahrplankonferenzen wieder einzurichten. ◀◀

VIELE ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE

Etwa 50 Bürgerinnen und Bürger waren Anfang Februar der Einladung der GRÜNEN Fraktionen im Kreistag Vorpommern-Rügen und der Stralsunder Bürgerschaft gefolgt, um Anregungen und Kritik zum Bahn- und Busangebot im Landkreis zu äußern. Weit mehr als 60 Vorschläge wurden vorgetragen, die inzwischen an Landrat Ralf Drescher und die Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen übergeben wurden.

Dabei wurden zahlreiche Missstände deutlich. Bürgerinnen und Bürger, die über kein Auto verfügen, können das Theater oder andere kulturelle Veranstaltungen nicht besuchen, weil sie nicht mehr nach Hause kommen. Auszubildende oder Fachkräfte, die in Bereichen tätig sind, in denen die

Arbeitszeiten auch einmal in den Abend hineinreichen, müssen unzumutbare Wartezeiten hinnehmen.

Auch das Angebot der Bahn wurde hinterfragt: Menschen, die die Bahn nutzen, müssen ein Extraticket kaufen, wenn sie einen Anschluss mit dem Bus brauchen, während das in anderen Städten wie etwa Rostock in der Bahnfahrkarte enthalten ist. Es sind so viele sinnvolle Verbesserungen vorgetragen worden, die vor allem auch dazu beitragen können, dass Bürger die öffentlichen Nahverkehrsmittel intensiver nutzen und das ist sinnvoll für Umwelt und Klimaschutz. Eine Zusammenstellung der Anregungen ist unter www.gruene-fraktion-stralsund.de verfügbar. ◀◀



QUARTIER 33

KULTURKAMPF AUTO

Ein modernes Stadt- und Mobilitätskonzept wollte die Stadtverwaltung im Quartier (Freifläche vor der Kulturkirche St. Jacobi) verwirklichen. Zentrales städtebauliches Element war dabei ein durchgängig begrünter Innenraum, der von einer Blockrandbebauung umgeben werden soll. Für Autos sollte in diesem Bereich kein Platz mehr sein. Hier plante die Stadtverwaltung eine Tiefgarage im Bereich des heutigen von der Polizei genutzten Gebäudes. Aber die Verwaltung hatte die Rechnung nicht mit der konservativen Bürgerschaftsmehrheit gemacht, der die grünen Innenhöfe schnell ein Dorn im Auge waren. Nach dem Motto „Ein Auto gehört vor die Haustür“ und ein „Stellplatz gehört auf den Innenhof“ setzten CDU/FDP und Bürger für Stralsund die Planung aus und forderten die Stadtverwaltung auf Planungen anzustellen, die Autos das Parken im Innenhof ermöglichen. Moderne Mobilitätskonzepte ade, aber wir bleiben dran! ◀◀

Leitbild "Ruhiges Wohnen in zentraler Lage"



- Blockrand-/ Einzelhausbebauung
- optional: Kendläden
- Wohnqualität durch privaten, lärmberuhigten Innenhof
- zentrale Quartiers-/ Tiefgarage mit ca. 40 Stellplätzen auf dem Grundstück Böttcherstraße 19, darüber Wohnbebauung

▲ Quartier 33, modernes Stadtkonzept

IMPRESSUM

Herausgeber der Ausgabe 04/2018:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag Vorpommern-Rügen, Alter Markt 7, 18439 Stralsund und

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, Rathaus, Alter Markt, 18439 Stralsund

Redaktion: Katrin Mertz, Sally Raese, Christine Schönfeldt, Dirk Niehaus, Jürgen Suhr, Heiko Werner, Tobias Wilmes,

Interview mit Esther Neumann

V.i.S.d.P.: Sally Raese, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag Vorpommern-Rügen, Alter Markt 7, 18439 Stralsund